

Antrag

des Bundesministers der Finanzen

Einwilligung in die Veräußerung eines bundeseigenen Grundstücks in München-Bogenhausen, Möhlstraße 3, gemäß § 64 Abs. 2 BHO

*Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 20. Februar
1989 – VI C 3 – VV 2911.1 – 7/89 – II C 6 – F 0742 – 2/89 –.*

Ich beabsichtige, die für den Bund entbehrliche, 2753 qm große Liegenschaft, die mit einer im Jahre 1902 errichteten denkmalgeschützten Villa bebaut ist, an die Republik Italien zu veräußern.

Das Anwesen wird seit Juli 1960 als Kanzlei des Generalkonsulats der Republik Italien genutzt. Der jetzige Mietvertrag läuft noch bis zum 31. Juli 1990.

Der Kaufpreis entspricht dem Verkehrswert in Höhe von 5,57 Mio. DM.

Ich bitte, gemäß § 64 Abs. 2 BHO die Einwilligung des Deutschen Bundestages zum Verkauf herbeizuführen.

formblattmäßiger Antrag umseitig

*Antrag
auf Einwilligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
zur Veräußerung von Grundstücken
(§ 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung)*

a) Bezeichnung, Größe und Beschreibung des Grundstücks b) Dienststelle	Ermittelter Verkehrswert DM	Verkaufspreis DM	Erwerber	Verwendung des Grundstücks jetztige künftige	Begründung der Veräußerung
1	2	3	4	5	6
a) Bundeseigene Liegenschaft in München, Möhlstraße 3 Bürogebäude mit rd. 1 500 m ² Nutzfläche einschl. 2 Bedienstetenwohnungen, Grundstücksgröße 2 753 m ² (Fl.Nr. 258/4 der Gemarkung Bogenhausen) b) Bundesvermögensamt München	5,57 Mio. DM davon – Bodenwert: 4,04 Mio. DM – Bauwert: 1,53 Mio. DM	5,57 Mio. DM	Republik Italien	Kanzlei des Generalkonsulats der Republik Italien (bereits seit Juli 1960 Mieter)	Die Liegenschaft wird für Zwecke des Bundes nicht benötigt